



Presseinformation

Es gilt das gesprochene Wort!

Sperrfrist Redebeginn

Nr. 505 / 2013

Kiel, Donnerstag, 21. November 2013

Wolfgang Kubicki, MdL
Vorsitzender

Christopher Vogt, MdL
Stellvertretender Vorsitzender

Dr. Heiner Garg, MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

Medien / Jugendmedienschutz

Oliver Kumbartzky: Der Förderung der Medienkompetenz muss eine besondere Bedeutung zukommen

In seiner Rede zu TOP 17 (Jugendmedienschutz) erklärt der Abgeordnete der FDP-Landtagsfraktion, **Oliver Kumbartzky**:

„Die Piraten haben es sich wieder einmal recht einfach gemacht, indem sie ihre Große Anfrage gleich in mehreren Bundesländern an die jeweiligen Landesregierungen gerichtet haben. Oder aber sie folgen lediglich dem alten Motto ‚doppelt – oder wie es hier der Fall ist – vierfach hält besser‘.

Dennoch bin ich geneigt, den Piraten dafür zu danken, dass sie dieses wichtige Thema mit ihrer Großen Anfrage erneut auf die Tagesordnung gebracht haben. Denn der Schutz der Kinder und Jugendlichen hat in Zeiten, in denen der Umgang mit modernen Medien auch schon bei der jüngeren Generation alltäglich und als zunehmend selbstverständlich angesehen wird, eine besondere Bedeutung. Dieser Bedeutung und vor allem den Herausforderungen des digitalen Zeitalters wurde die letzte gescheiterte Novelle des Jugendmedienschutz-Staatsvertrages bekanntermaßen nicht gerecht.

Gemäß der Antwort auf die Große Anfrage der Piraten wurde die Rundfunkkommission der Länder von den Regierungschefs im Oktober 2012 damit beauftragt, im Herbst 2013 einen Entwurf für einen Staatvertrag vorzulegen. Ich bin sehr gespannt darauf, ob ein solcher Entwurf der Landesregierung nun vorliegt. Darüber hinaus wäre es zudem sehr interessant zu erfahren, welcher Zeitrahmen bis zu einem neuen Jugendmedienschutz-Staatsvertrag im Groben angepeilt ist.

Aus den Antworten auf die Große Anfrage wird ersichtlich, dass die Landesregierung eine Weiterentwicklung des Jugendmedienschutz-Staatsvertrages für sinnvoll erachtet und die Kritik an der letzten No-

vellierung in die Erarbeitung eines neuen Vorschlags einfließen wird. Dieser Umstand ist ausdrücklich zu begrüßen.

Die FDP lehnt bekanntermaßen einen Nanny-Staat ab, der meint, alles kontrollieren zu müssen. Wir glauben vielmehr an die Selbstkontrolle und das eigene Interesse eines jeden Seitenbetreibers an einen funktionierenden Jugendschutz.

Auf Anregung der FDP hat Schleswig-Holstein schon bei der letzten Novellierung erklärt, dass die technische Umsetzung von Jugendschutzmaßnahmen nicht dazu führen darf, dass Kontrollpflichten für fremde Inhalte in Foren oder Blogs erweitert werden. Die Antwort der Landesregierung dahingehend, dass keine neuen Regelungen für nutzergenerierte Inhalte erfolgen soll, erfreut uns daher sehr.

Vor dem Hintergrund des wachsenden Medienangebots im Internet war es uns stets von großer Bedeutung, dass der Förderung der Medienkompetenz eine herausgehobene Bedeutung zukommt. Maßnahmen für einen effektiven Jugendschutz dürfen sich aber nicht nur auf die Jugendlichen beschränken, sondern müssen sich in einem breit gefächerten Angebot der Medienkompetenzförderung wiederfinden. Die Eltern, aber auch die Lehrer bedürfen einer solchen Förderung genauso wie die Jugendlichen selbst.

Zum Ende meiner Rede möchte ich noch kurz die Frage 19 der Piraten zitieren, die da lautet: *„Wann werden die Sitzungen der Rundfunkkommission über das Internet zugänglich gemacht – entweder als Livestream oder als Aufzeichnung?“* Die Antwort der Landesregierung lautet zutreffend schlicht *„Die Sitzungen der Rundfunkkommission sind nicht öffentlich.“*

Ich frage mich, wer gemäß Ihrer permanenten Forderungen nach Livestreams diverser Ausschuss- und Beiratssitzungen überhaupt noch die Zeit finden soll, Live-Übertragungen der Sitzungen der Rundfunkkommission zu folgen.

Das öffentliche Interesse über den Stand der Beratungen der Kommission ist ohne Zweifel groß. Deshalb bin ich zuversichtlich, dass die Landesregierung mehr als nur ihren obligatorischen Einsatz aufbringen wird, um tatsächlich eine Verfahrenstransparenz zu erwirken. Man darf hoffen, dass die altbewährte Dialogkultur der Landesregierung wieder auflebt und eine Einbindung des Landtags frühzeitig erfolgt.“